

C'est pourquoi je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. La télévision ne devrait-elle pas, vu son énorme impact, faire preuve de plus de retenue et se soumettre en particulier à un devoir de prudence dans la préparation de telles émissions?
2. Le gouvernement estime-t-il normal que des auteurs d'émissions télévisées imposent leur conception «didactique» à des centaines de milliers de personnes chargées de tâches éducatives, sans qu'on puisse s'y soustraire autrement qu'en pressant le bouton?
3. Une telle émission ne constitue-t-elle pas un précédent inadmissible eu égard à la révision, actuellement en préparation, du Code pénal, en particulier des articles 135 et 197?
4. Ne serait-il pas indiqué d'interdire purement et simplement la diffusion de films ayant pour seul but la représentation de scènes brutales ou pornographiques à un média tel que la télévision qui, plus que tout autre s'introduit subrepticement dans tous les ménages?

*Mitunterzeichner – Cosignataire:* Keine – Aucun

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*  
Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

vom 17. Mai 1989

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 17 mai 1989*

1. Bekanntlich gewährleistet die Bundesverfassung in Artikel 55bis den Rundfunkveranstaltern in der Schweiz, und somit auch der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), im Rahmen des Leistungsauftrags Unabhängigkeit vom Staat und Autonomie in der Gestaltung ihrer Programme. Der Leistungsauftrag der SRG wird in der Konzession vom 5. Oktober 1987 näher umschrieben. Ueber die Einhaltung der entsprechenden Programmbestimmungen wacht die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen. Diese wird sich aufgrund mehrerer eingegangener Beschwerden mit der inkriminierten Fernsehsendung «Limit» vom 5. Januar 1989 befassen. In ihrer ausführlichen Rechtsprechung hat die Beschwerdeinstanz namentlich auch die Regeln journalistischer Sorgfalt definiert, welche die Medienschaffenden bei der Vorbereitung und Gestaltung von Sendungen zu beachten haben.

Angesichts der klaren rechtlichen Kompetenzaufteilung steht es dem Bundesrat nicht zu, sich über Konzept und Ablauf einzelner Sendungen zu äussern.

2. Aus den dargelegten Gründen sind Weisungen des Bundesrates an den Rundfunkveranstalter oder seine Mitarbeiter in bezug auf die Ausübung journalistischer Aktivitäten unzulässig. Der Bundesrat gibt im übrigen folgendes zu bedenken: Radio und Fernsehen sind Massenmedien, die in einer Gesellschaft, in welcher die Meinungen und Ansichten zu den meisten Zeitfragen weit auseinandergehen, verschiedenartige Bedürfnisse abzudecken haben. Als Kommunikationsmittel darf mithin von ihnen erwartet werden, dass sie einen Beitrag zum besseren Verständnis bedeutender Probleme leisten. Sendungen, in denen – in angemessener Form und unter Beachtung der erforderlichen Sorgfalt – aktuelle soziale Phänomene aufgegriffen und behandelt werden, können sich dazu durchaus eignen. Dabei kann aber auch die strikte Beachtung der einschlägigen journalistischen Sorgfaltspflichten durch die verantwortlichen Programmschaffenden nicht in jedem Fall Gewähr dafür bieten, dass eine Sendung, zumal wenn sie brisanten Themen gewidmet ist, der Sensibilität eines jeden Zuschauers oder Zuhörers gerecht wird. Letztlich trägt in diesem Sinne auch jeder einzelne Programmkonsument stets Verantwortung für einen bewussten und kritischen Umgang mit dem Medium Fernsehen.

3. Die fragliche Sendung hat in der Öffentlichkeit verständlicherweise eine breite Diskussion ausgelöst. Der Bundesrat ist indessen nicht der Ansicht, dass die Entscheidung der eidgenössischen Räte über die vom Interpellanten erwähnte Revision des Strafgesetzbuches dadurch auf unzulässige Weise präjudiziert wurde. Der Umstand, dass sich das Parlament mit

der genannten Vorlage befasst, bedeutet nach Auffassung des Bundesrates nicht, dass dieses Thema nicht auch anderswo, sei es in den elektronischen Medien, in der Presse oder in der weiten Öffentlichkeit, vorab erörtert werden dürfte. 4. Der Bundesrat hat bereits in seiner Botschaft vom 26. Juni 1985 zur erwähnten Revision des Strafgesetzbuches dargelegt, aus welchen Gründen sich seiner Meinung nach ein ausdrückliches Verbot der Verbreitung pornographischer Bild- und Tonaufzeichnungen durch Radio und Fernsehen empfiehlt (vgl. Art. 197 Ziff. 1 Abs. 3 des Entwurfs zum StGB). Aehnliche Ueberlegungen gelten für das Verbot der Verbreitung von Brutalitätsdarstellungen (Art. 135 des genannten Entwurfs). Mit Rücksicht auf die verbreitete Besorgnis über ein zunehmendes Angebot brutaler, das sittliche Empfinden verletzender Filme hat der Bundesrat zudem in Artikel 6 Absatz 1 seines Entwurfs vom 28. September 1987 zum Bundesgesetz über Radio und Fernsehen Sendungen für unzulässig erklärt, in denen Gewalt verharmlost oder verherrlicht wird. Beide Vorlagen sind Gegenstand laufender parlamentarischer Beratungen.

**Präsident:** Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

89.309

## **Interpellation Bär Beratertätigkeit von Beamten bzw. Bundesämtern Fonctionnaires fédéraux appelés à titre de consultants**

*Wortlaut der Interpellation vom 31. Januar 1989*

Gemäss Aussage von Herrn Kurt Suter (Berner Zeitung vom 19.1.89), Direktor des Bundesamtes für Strassenbau, pflegt sein Amt mit den verschiedensten Staaten Gedankenaustausch über Tunnels, Brücken und weitere Bauprojekte, die «in mehr oder weniger detaillierte Beratungen ausmünden».

In diesem Zusammenhang bitte ich den Bundesrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In welchen Ländern leisten oder haben Beamte des Bundesamtes für Strassenbau Beratertätigkeit geleistet?
2. Ist diese Praxis mit den beamtenrechtlichen Vorschriften zu vereinbaren?
3. Wie wird diese Beratertätigkeit entgolten?
4. Gibt es weitere Chefbeamte, andere Bundesämter, die für ausländische Staaten Beratertätigkeit durchführen?
5. Lässt sich die Schweiz von anderen Staaten in vergleichbarer Weise und zu vergleichbaren Bedingungen beraten?

*Texte de l'interpellation du 31 janvier 1989*

Il ressort d'une déclaration publiée le 19 janvier 1989 dans la «Berner Zeitung» par le directeur de l'Office fédéral des routes, M. Kurt Suter, que son service a des échanges de vues avec les organes compétents de nombreux Etats sur des projets de tunnels, de ponts et de routes, entretiens qui aboutissent à l'élaboration d'avis plus ou moins détaillés.

A ce propos, je demande au Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes:

1. Dans quels pays des fonctionnaires de l'office susmentionné ont-ils exercé un mandat de consultants?
2. Une telle activité est-elle conciliable avec le statut de fonctionnaire?
3. Comment cette activité est-elle rémunérée?
4. D'autres fonctionnaires supérieurs et d'autres offices exercent-ils également des mandats de consultants au service d'Etats étrangers?

5. La Suisse requiert-elle de l'étranger des services du même genre, à des conditions comparables?

*Mitunterzeichner – Cosignataire:* Keine – Aucun

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit:*  
Die Urheberin verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 12. Juni 1989*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 12 juin 1989*

1. Das Bundesamt für Strassenbau hat auf bilateraler Ebene in den letzten fünf Jahren in Deutschland, Oesterreich und Südafrika Beratertätigkeit geleistet. Darüber hinaus wirkt das Bundesamt – wie andere Bundesämter – in internationalen Organisationen mit. Auch auf dieser Ebene ergeben sich beratende Tätigkeiten mannigfacher Art. So haben in jüngster Zeit Delegationen aus den USA, Japan, Schweden, Deutschland, Dänemark, Nordkorea und der Tschechoslowakei die Schweiz besucht, um sich an Ort und Stelle über Erfahrungen im Strassen-, Brücken- und Tunnelbau orientieren zu lassen.

2. Grundsätzlich ist es die Pflicht der Bundesverwaltung, Entwicklungen in einem bestimmten Fachgebiet zu verfolgen und ihre Kenntnisse auf dem neuesten Stand der Erfahrung, der Wissenschaft und der Technik zu halten. Das Studium der Literatur, die Erteilung von Studien- und Forschungsaufträgen und die Teilnahme an Fachtagungen und anderen Veranstaltungen der Weiterbildung dienen diesem Zweck. Auch der internationale Meinungs- und Erfahrungsaustausch ist in diesem Zusammenhang zu sehen. Beratende Tätigkeiten auf bilateraler und multilateraler Ebene sind in diesem Sinne mit dem Beamtenrecht vereinbar.

3. Die Bezahlung von Honoraren beim zwischenstaatlichen Erfahrungsaustausch ist nicht üblich. Für die Kosten von Reise und Aufenthalt gelten die Regeln der Gastfreundschaft. Sie werden von den einzelnen Staaten unterschiedlich gehandhabt. Soweit nicht der einladende Staat oder eine internationale Organisation die Spesen übernimmt, werden die Bestimmungen über Dienstreisen ins Ausland angewendet. Für diese ist in jedem Fall eine Bewilligung einzuholen.

4. Zahlreiche Bundesämter pflegen einen intensiven internationalen Erfahrungsaustausch mit bilateralen und multilateralen Kontakten auf fachlicher Ebene. Die Schweiz mit ihrer fortgeschrittenen Umweltpolitik ist z. B. sowohl für die westlichen Industriestaaten als auch für die osteuropäischen Staaten und die Länder der Dritten Welt ein geschätzter Gesprächspartner. Im Rahmen dieser internationalen Zusammenarbeit kommt es wieder zu Beratungen ausländischer Staaten.

5. Im technischen Bereich lässt sich die Schweiz auf bilateraler Basis von ausländischen Experten in vergleichbarer Weise und zu vergleichbaren Bedingungen beraten. Auf anderen Gebieten profitiert die Schweiz dank der internationalen Zusammenarbeit auf multilateraler Ebene von den Kenntnissen und Erfahrungen anderer Staaten und internationaler Organisationen.

**Präsident:** Die Interpellantin ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

89.314

## Interpellation Gysin «Bahn 2000» in Baselland RAIL 2000 à Bâle-Campagne

*Wortlaut der Interpellation vom 1. Februar 1989*

Der Kanton Basel-Landschaft hat in seiner Vernehmlassung zum Vorprojekt «Bahn 2000» zwischen Muttenz und Trimbach der Variante 3 zugestimmt. Dabei verlangte er Haltestellen in Liestal und Sissach sowie eine Tieferlegung der Bahn im Raum Liestal-Sissach. In der Folge bestanden die SBB auf einer Linienführung à Niveau mit Schallschutzwänden.

Das neue SBB-Projekt stösst besonders in den betroffenen Gemeinden Liestal, Lausen, Itingen und Sissach auf vehemente Opposition. Die Ortschaften würden durch die Bahnlinie vollends entzweigekürzt und stark beeinträchtigt. Für den Schallschutz bestünde keine volle Gewähr; der Lärmschutz ist noch nicht getestet. Die betroffenen Gemeinden haben auf eigene Kosten Alternativplanungen im Sinne einer Tieflage oder eines südlichen Umfahrungstunnels veranlasst. Aufgrund früherer Untersuchungen (1983) sind solche Lösungen möglich.

Ich frage den Bundesrat an:

1. Soll das zur Auflage bereitstehende Projekt gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden?
2. Geht es an, dass die SBB in ihrem Projekt die Verhältnisse und Bedürfnisse bestehender Siedlungen derart wenig berücksichtigen?
3. Sollten nicht stattdessen realistische Alternativen geprüft werden?
4. Ist der Bundesrat bereit, das Planaufgabeverfahren sistieren zu lassen, damit der Weg für eine bessere Projektierung offengehalten wird?

*Texte de l'interpellation du 1er février 1989*

Dans son avis relatif à l'avant-projet RAIL 2000 entre Muttenz et Trimbach, le canton de Bâle-Campagne a donné la préférence à la variante 3. Ce faisant, il réclamait des haltes à Liestal et à Sissach, ainsi qu'un abaissement du niveau de la voie dans le secteur Liestal-Sissach. Par la suite, les CFF se sont prononcés sur un tracé au niveau du sol, entouré d'écrans insonorisants. Le nouveau projet des CFF se heurte à une vive opposition, en particulier dans les communes touchées, à savoir Liestal, Lausen, Itingen et Sissach. Ces localités seraient littéralement coupées en deux par la ligne de chemin de fer, ce qui leur causerait un préjudice considérable. D'autre part, les écrans insonorisants n'offriraient pas une garantie totale; la protection contre le bruit n'a pas fait l'objet de tests jusqu'ici. Les communes concernées ont établi à leurs frais des plans de rechange prévoyant une ligne en profondeur ou un tunnel de contournement au sud. De telles solutions sont tout à fait viables si l'on se fonde sur des enquêtes datant de 1983.

Le Conseil fédéral est prié de répondre aux questions suivantes:

1. Le projet des CFF prêt à être déposé officiellement doit-il être réalisé contre la volonté de la population?
2. Est-il admissible que, dans leur projet, les CFF tiennent si peu compte de la situation et des besoins des agglomérations impliquées?
3. Ne faudrait-il pas au contraire examiner des solutions de rechange réalistes?
4. Le gouvernement est-il prêt à suspendre la procédure de dépôt public des plans, afin qu'on puisse présenter un meilleur projet?

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Auer, Feigenwinter, Hänggi, Ott, Reimann Maximilian (5)

## **Interpellation Bär Beratertätigkeit von Beamten bzw. Bundesämtern**

## **Interpellation Bär Fonctionnaires fédéraux appelés à titre de consultants**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1989
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	89.309
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	23.06.1989 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1192-1193
Page	
Pagina	
Ref. No	20 017 551

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.